

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 9 (1917)
Heft: 1

Rubrik: Ausland

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Unternehmer bewilligten eine Teuerungszulage von Fr. 15 pro Monat für die Typographen und von Fr. 12 für die Hilfsarbeiter. Die Arbeit wurde am 10. Dezember allgemein aufgenommen, die Streikbrecher wurden entlassen.

Metall- und Uhrenarbeiter. Nach einer Zusammenstellung, die der Zentralvorstand über die Resultate der vom 1. Januar bis 1. November 1916 geführten Lohnbewegungen gibt, haben 24,845 Arbeiter eine wöchentliche Teuerungszulage von durchschnittlich Fr. 2.40 für Verheiratete und Fr. 1.70 für Ledige erzielt. Dazu kommt für Verheiratete eine Kinderzulage von Fr. 1.20 pro 14 Tage.

828 Arbeiter erzielten eine Teuerungszulage in Form einer Lohnerhöhung um 9%.

9800 Arbeiter erzielten eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 5 Rp. pro Stunde, die aber nicht als Teuerungszulage anzusehen ist.

In einer Anzahl von Betrieben wurde ferner Erhöhung von Akkordpreisen, Einführung von Akkordtarifen, Regelung des Zulagewesens, Verhinderung von Akkordreduktionen oder Abschluss von Tarifverträgen erreicht.

In Aarau legten bei der Firma Kümmler & Matter 150 Arbeiter, die bisher keiner Organisation angehörten, die Arbeit nieder wegen schlechter Behandlung durch einen Drehermeister. Nach zwei Tagen wurde die Entlassung des Meisters und für die Tagelohnarbeiter eine Lohnerhöhung bis 10% zugestanden. Ferner wurde eine Regelung der Akkordpreise zugesichert. Die Arbeit wurde zu diesen Bedingungen wieder aufgenommen, und die Streikenden erklärten den Beitritt zum Metall- und Uhrenarbeiterverband.



Ausland.

Deutschland. Buchdrucker und ungelernete Arbeiter. Bisher wurden die ungelerneten Arbeiter streng von der Ausübung der «schwarzen Kunst» ferngehalten. Auch das hat nun der Krieg geändert. Der Arbeitermangel, hervorgerufen durch den Einzug vieler Buchdrucker zum Kriegsdienst, hat dazu geführt, dass vor dem Tarifamt eine Vereinbarung abgeschlossen wurde, wonach ungelernete Arbeiter und Arbeiterinnen als Hand- und Maschinensetzer zugelassen werden sollen.

In jedem Einzelfall ist zwar die Bewilligung des Tarifamtes nötig, auch sind Mindestlöhne festgesetzt; überhaupt ist die Beschäftigung von Ungelernten und Arbeiterinnen nur als Notbehelf gedacht, der nach dem Krieg wieder verschwinden soll, doch ist es sehr fraglich, ob es so leicht gelingen wird, den alten Zustand wieder herbeizuführen, nachdem er einmal durchbrochen ist.

Metallarbeiter. In Berlin ist die Zahl der Frauen in der Metallindustrie, die vor dem Kriege zirka 30,000 betrug, auf mehr als 100,000 gestiegen. Der Stundenlohn betrage in der Regel 40 bis 50 Pfennig, in wenigen Fällen steige der Verdienst bis auf 1.20 Mark pro Stunde. Der Durchschnittsverdienst betrage etwa 60 Pfennig pro Stunde. Von den 100,000 Arbeiterinnen seien etwa 16,000 im Metallarbeiterverband organisiert.

Vorständekonferenz. Vom 20.—22. November fand in Berlin eine Konferenz der Gewerkschaftsvorstände statt, in der Stellung zu der Errichtung von Zwangssyndikaten und Staatsmonopolen genommen wurde. Die Zustimmung zu solcher Monopolisierung solle von bestimmten Garantien für Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter abhängig gemacht werden.

Mit allen gegen 3 Stimmen wurde beschlossen, den Parteistreit von den Gewerkschaften fernzuhalten.

Die Frage der Organisierung der Kriegsteilnehmer zur Wahrung ihrer Interessen hauptsächlich im Unter-

stützungswesen soll weiter geprüft werden. Es handelt sich hierbei keinesfalls, wie da und dort voreilig geschrieben wurde, um den Versuch einer hurrappatriotischen Mache, sondern um ein sehr ernstes soziales Problem.

Teuerungszulagen bei den preussischen Staatsbahnen. Nach monatelangem Zögern hat sich der Minister dazu entschlossen, eine Erhöhung der Teuerungszulagen eintreten zu lassen. Nach der nunmehr gültigen Zulagentafel können an Teuerungszulage erhalten:

| | |
|---|----------|
| a) ledige Arbeiter | 6—14 Mk. |
| b) verheiratete Arbeiter ohne Kinder unter 14 Jahren | 8—18 „ |
| c) verheiratete Arbeiter mit einem Kinde unter 14 Jahren | 12—24 „ |
| d) verheiratete Arbeiter mit 2 Kindern unter 14 Jahren | 14—28 „ |
| e) verheiratete Arbeiter mit 3 Kindern unter 14 Jahren | 16—32 „ |
| f) verheiratete Arbeiter mit 4 Kindern unter 14 Jahren | 18—36 „ |
| g) verheiratete Arbeiter mit 6 Kindern unter 14 Jahren | 20—40 „ |
| h) verheiratete Arbeiter mit 7 und mehr Kindern unter 14 Jahren | 24—48 „ |

Die neuen Zulagen sollen vom Beginn des November an gewährt werden.

Konferenz der Gewerkschaften. Die Stellungnahme zum Kriegshilfsdienstgesetz führte zur Abhaltung einer Konferenz, die in den Annalen der Gewerkschaftsbewegung einzig dastehen dürfte. Es waren vertreten: die der Generalkommission angeschlossenen Gewerkschaften mit 450 Vertretern, die christlichen Gewerkschaften mit 240 Vertretern, die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften mit 66 Vertretern, die polnische Berufsvereinigung mit 4 Vertretern, die Arbeitsgemeinschaft der Angestelltenverbände mit 50 Vertretern, die kaufmännischen Vereine mit 20 Vertretern, die technischen Angestellten mit 10 Vertretern. Die Zahl der vor dem Krieg diesen Organisationen angeschlossenen Mitglieder wird mit 4 Millionen angegeben.

Grosses Aufsehen erregte es allenthalben im Ausland, dass die Regierung sich ebenfalls vertreten liess. Es sprachen in ihrem Namen der Staatssekretär Helfferich und Generalleutnant Gröner. Ausser diesen beiden waren noch einige Geheimräte anwesend. Der Reichskanzler liess sich entschuldigen.

Als einziges Geschäft figurierte das soeben vom Reichstag beschlossene Hilfsdienstgesetz. Als Ergebnis der Konferenz resultierte eine Resolution, in der die Gewerkschaften erklären, alle ihre Kräfte in den Dienst des Landes zu stellen, sie erwarten jedoch von der Regierung und dem Kriegsamt eine weitgehende Förderung der Arbeiterinteressen, schärfere Massnahmen gegen den Lebensmittelwucher und bessere Verteilung der vorhandenen Lebensmittel.

Der Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Alexander Schlicke, wurde als «Dezernent für Arbeiterangelegenheiten» in das neue Kriegsamt berufen.

Dänemark. Nach einem Bericht des statistischen Bureaus zählt Dänemark gegenwärtig 173,000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter. Hiervon gehören 132,000 Arbeiter der gewerkschaftlichen Landeszentrale an.

England. Minenarbeiter. Die Besitzer der Kohlengruben in Wales beabsichtigen eine Lohnreduktion von 10 Prozent durchzuführen. Statt dessen mussten sie eine Lohnerhöhung von 15 Prozent bewilligen. Die Arbeiter protestierten ferner gegen jede Regierungskontrolle der Minen.

Italien. Der Streik der Typographen, der rund 14 Tage dauerte, ist beigelegt worden. Was die Streikenden von ihren Forderungen durchsetzten, die im wesentlichen

35—50 Prozent Teuerungszulage betrafen, ist bis jetzt noch nicht bekannt geworden. Die Arbeit ist Donnerstag den 14. Dezember aufgenommen worden.

Niederlande. Der Zentralverband der *Bauarbeiter* feierte am verflossenen Sonnabend sein zehnjähriges Bestehen.

Der Niederländische Verband des *Lokomotiv-Personals* beschloss auf seinem in Utrecht abgehaltenen Verbandstag, sich der Zentrale der modernen Gewerkschaften anzuschließen. — Die Vereinigung der *Handlungsgehilfen* lässt in ihren Mitgliedschaften gegenwärtig über den Anschluss an die Gewerkschaftszentrale abstimmen. Allem Anschein nach wird sich eine erhebliche Mehrheit für den Anschluss erklären. — Der Bund der in *Reichsbetrieben* beschäftigten Arbeiter hat seit seinem Anschluss an die Gewerkschaftszentrale, d. h. seit zwei Jahren, eine Vermehrung seiner Mitgliederzahl von 1000 auf 2000 zu verzeichnen.

Oesterreich. Die Bemühungen, die Organisationen der Bauberufe einander näher zu bringen, sind endlich von Erfolg gekrönt worden, indem ein *Zentralkartell der Bauarbeiter* gebildet wurde, dem mit Ausnahme des Zimmererverbandes, dessen Vorstand mit Stimmgleichheit den Beitritt ablehnte, alle Gewerkschaften der Bauberufe beitraten. Die folgenden Gewerkschaften sind in dem Kartell vertreten: Bauarbeiterverband, Bildhauer und Stukkateure, Dachdecker, Holzarbeiter, Maler und Anstreicher, Metallarbeiter, Steinarbeiter.

Schweden. Die *schwedischen Gewerkschaften im Jahre 1915.* Mit Ausnahme der Tabak-, Stein- und Bauindustrien wird die Lage des Arbeitsmarktes als günstig bezeichnet. 4,5 Prozent der Mitglieder waren arbeitslos gegen 10,3 Prozent im Jahr 1914.

Teuerungszulagen wurden 1915 an 26,598 Organisierte und 23,089 Unorganisierte bewilligt.

Es fanden 383 Lohnbewegungen statt, an denen 30,658 Arbeiter, wovon 17,792 Organisierte, beteiligt waren. Auf dem Verhandlungsweg wurden 104 Kollektivverträge erzielt, durch Streik 17 und nach Aussperrungen 4. Die Verträge umfassen 7554 Arbeiter. An Unterstützungen bei Streiks und Aussperrungen wurden 94,803 Kronen ausbezahlt.

Die Mitgliederzahl der der Bundeszentrale angeschlossenen Verbände betrug auf Jahresschluss 110,708, die Zunahme gegen das Vorjahr 9501.

Die schwedischen Organisationen haben, wie aus diesen wenigen Zahlen hervorgeht, auch im Jahre 1915 eine fruchtbringende Tätigkeit entfaltet.

«*Neuorientierung*» in der *schwedischen Gewerkschaftsbewegung.* Auf den Gewerkschaftskongressen von 1909 und 1912 wurde die Frage diskutiert, ob sich eine Aenderung der Organisationsform innerhalb der schwedischen Gewerkschaften nötig mache. Es wurde von einem Komitee der Vorschlag unterbreitet, die Landeszentrale von der Lohnpolitik der gewerkschaftlichen Verbände zu lösen und sie zu einem Institut für wirtschaftliche und gewerkschaftliche Aufklärungstätigkeit zu machen, und ferner, sie mit der Aufnahme und Bearbeitung statistischer Erhebungen zu beauftragen. Der Vorschlag wurde damals mit 111 gegen 80 Stimmen abgelehnt. Jetzt wird diese Frage von neuem aufgenommen und unter dem Namen «*Neuorientierung* in der Gewerkschaftsbewegung» eifrigst diskutiert.

Gescheiterte Tarifverhandlungen der schwedischen Eisen- und Metallarbeiter. Der Kollektivvertrag in der schwedischen Eisen- und Metallindustrie war kürzlich von den Arbeitern zum 1. Januar 1917 gekündigt worden. Die für den Abschluss eines neuen Tarifs geführten Verhandlungen können nunmehr als gescheitert angesehen werden; zirka 30,000 Arbeiter sind an der Bewegung, die damit in ein ernstes Stadium tritt, beteiligt.

Amerika. Die *amerikanischen Gewerkschaften und die Präsidentenwahl.* Ein amerikanisches Blatt hat am Vorabend der Wahl eine Umfrage bei 450 amerikanischen Gewerkschaftsbeamten über ihre Stellung zu den Präsidentschaftskandidaten veranstaltet. Von den Befragten äusserten sich 360 dahin, dass sie für Wilson stimmen würden, 47 erklärten sich für Benson (Sozialisten) und 43 für Hughes. Ein Beweis, dass die amerikanischen Gewerkschaften vom Hauch des Sozialismus noch kaum berührt sind.

Streikstatistik. Wie das Bureau der Arbeitsstatistik meldet, sind in den ersten acht Monaten hierzulande 2329 Streiks vorgekommen, gegen nur 633 im ganzen Jahre 1915. Die Zahl der Streiks im August war eine kleinere als in den vorhergehenden vier Monaten. Doch sind immerhin 326 Streiks vorgekommen, durch welche insgesamt 316,586 Personen betroffen wurden. Dazu kommen in neun Fällen von Arbeitgebern durchgeführte Arbeiter-Ausschliessungen.

Zu Ende August waren von 90 Streiks 25 gewonnen, 13 verloren und 27 geschlichtet.

Die meisten Streiks sind in dem Monat in der Metall-, der Montan-, der Textil-, der Kleiderbranche, dem Baugewerbe, dem Eisenbahnwesen und seitens städtischer Angestellten vorgekommen.

Ein Viertel der Streiks war zur Erlangung von Lohn-erhöhungen bestimmt, 18 zur Reduktion der Arbeitsstunden und 39, um höheren Lohn und gleichzeitig geringere Arbeitszeit bewilligt zu erhalten. In 35 Fällen handelte es sich um verlangte Anerkennung des Arbeiterverbandes, und in 33 Fällen wurde gestreikt wegen Beschäftigung von Nicht-Union-Mitgliedern.

Gegen den Achtstundentag. Dem «*Matin*» wird aus Newyork gemeldet, dass sich neuerdings die grossen Eisenbahngesellschaften eigens zu dem Zweck vereinigt haben, den Achtstundentag zu bekämpfen. Die neue Organisation soll 12 Industriegruppen mit insgesamt sieben Millionen Arbeitern umfassen.

Neuere Berichte melden, dass das Bundesdistriktsgericht in Kansas City, Mo., das Gesetz bereits für unkonstitutionell erklärt habe. Der Entscheid des Oberbundesgerichtes soll so beschleunigt werden, dass die Streitfrage noch dieses Jahr endgültig erledigt wird.

Die Eisenbahnerorganisationen drohen für den Fall des negativen Entscheides erneut mit dem Streik, während alle Unternehmerverbände die Sache der Bahnverwaltungen zu der ihrigen machen.



Die schweizerische Landwirtschaft.

I.

Wir haben in Nummer 10 der «*Gewerkschaftlichen Rundschau*» die wirtschaftliche und soziale Gliederung der Bevölkerung charakterisiert. Betrachten wir jetzt ihre *Beschäftigung*, und zwar zunächst in der Landwirtschaft und in der Viehzucht.

Die Statistik von 1905 weist 252,496 landwirtschaftliche Betriebe auf, die eine Bodenfläche von 2,087,977 Hektar einnehmen und 763,915 Personen beschäftigen. Im Durchschnitt kommen also 8,29 Hektar und 3,2 Personen auf einen Betrieb. Das Gesamtbild ist also das einer kleinbäuerlichen Wirtschaftsweise. Bei näherer Betrachtung ergibt sich aber folgendes. Es wurden gezählt: